

Grenzen der Demokratie

Ralf Dahrendorf

Wahlen allein schaffen und sichern keine freiheitliche Grundordnung. Entscheidend ist der Rechtsstaat - und eine äußere Macht, die ihn schützt

[Dies die Antinomie des Anfangens von Demokratie in nichtdemokratischen Kulturen, - aktuell: in der ganzen Zweiten (auch Dritten) Welt; Erstfall in der Zweiten Welt: Algerien, sofern nicht schon anderswo und früher ähnliche Versuche gewagt wurden, versuchsweise etwa im früheren Libanon, gelingenderweise in der Türkei, die bereits ein Sonder-, ein „Muster“-Fall geworden ist.

Die Antinomie lautet: A) mit demokratischen Wahlen ist jede Partei, die eine Wahl gewinnt, schon eine demokratische, eine rechtsstaatliche Partei und Macht. B) Nein, eben nicht: trotz demokratischer Wahlen kann eine vor- oder nichtdemokratische Partei an die Macht gelangen und sodann gegen Rechtsstaat und Demokratie agieren. Das „Muster“ schlechthin: 1933.

Die noch tiefere, also nochmals vorausgesetzt liegende Antinomie lautet: A) die Zweite („danach“ die Dritte) Welt, alle ihre Staaten (und danach deren Staatenbünde) müssen - unausweichlich, unhintergebar und daher absolut notwendig - moderne Demokratien werden. Aber eben dies ist B) ganz und gar unmöglich, also unreal und illusorisch, weil nirgend in der Zweiten - islamischen usf - Welt wirklich machtfähige Mentalitäten existieren, die demokratiefähig und demokratiewillig sind. Ein Knoten, ein gordischer, keine Frage. Was tun?

Die europäische Antwort (weithin): Abwarten und (grünen) Tee trinken; die Welt der „Fremden“ und der „Anderen“, überhaupt die ganze Welt „dort unten“ muß von selbst dahin kommen, unsere (!) Rechts- und Polit-Kultur annehmen zu wollen. Und wenn sie dies nicht will und nicht kann? Dann weltgeschichtlicher status quo bis zum Jahr 3000.]

Der Wahlsieg der militanten und bis dato außerparlamentarisch agierenden Hamas in den Palästinensergebieten erinnert uns daran, was die Demokratie nicht leisten kann.

[Sie kann als einzelne nicht jene Rechtskultur und deren genetische Geschichte hervorbringen, innerhalb derer allein sie als eine von vielen Demokratien in einer demokratischen Welt existenzfähig sein kann.]

Niemand in einem der etablierteren demokratischen Staaten ist überrascht, wenn die eigene Seite nicht gewinnt. Bei der Demokratie geht es um den Wettbewerb der Parteien, und sofern sie keine "große Koalition" bilden, können nicht alle gewinnen. Was aber, wenn Wahlsieger nicht die Absicht haben, sich an die Regeln zu halten, die ein wesentlicher Bestandteil des demokratischen Prozesses sind?

[Dies ist eine ständige Gretchenfrage von Demokratie; sie muß ständig prüfen (bei uns automatisiert), ob die zu Wahlen antretenden Parteien auch wirklich demokratische sind; in Palästina ist dies schon deswegen unmöglich, weil die geschichtliche Genesis noch nicht geschehen oder noch nicht abgeschlossen ist; es gibt keine Institutionen, die jene Prüfung vornehmen können. Ein Faktum, das für den Nahen und Weiteren Osten generell gilt. Das „Muster“ Indonesien ist für Asien zentral geworden. Das „Muster“ Türkei wird es für die Zweite Welt werden. Der Begriff „Zweite Welt“ hat unscharfe Grenzen nach Asien „hinüber“ und nach Afrika „hinunter.“]

Man erinnere sich an Hitler, der sich, obgleich seine eigene Partei die absolute Mehrheit der Stimmen verfehlte, bei seiner "Machtergreifung" auf eine parlamentarische Mehrheit stützen konnte. In jüngerer Zeit haben Wahlen in den postkommunistischen Ländern Europas

Gruppen an die Macht gebracht, deren demokratische Verbundenheit, gelinde gesagt, zweifelhaft ist.

[Ein interessanter Hinweis: nicht nur „dort unten“, sondern auch „bei uns“: ein Erbstück des Kommunismus, und dies war in gewisser Weise auch der Irak der Baath-Ideologie. - Im Klartext (Auflösung obiger Antinomie): Demokratie kann und muß zunächst von außen angestoßen und gleichsam auf dem Papier und anderen abstrakten Ebenen (gewisse Eliten, gewisse Bereiche) eingeführt werden; dann und zugleich müssen die schon vorhandenen Keimlinge demokratischer Mentalitäten (Massen und Eliten) gegossen und gezüchtet, heran- und umerzogen werden, damit wirklich demokratische Wahlen im Dienst moderner Rechtsstaatlichkeit, also wirklich demokratische Gesellschaften und Staaten entstehen können. - Dabei ist das Ökonomische ein Hauptmotor, versteht sich, nicht das „Kulturelle“. Warum?]

Dies ist nicht als Vergleich der Hamas mit irgendeiner dieser politischen Kräfte zu verstehen.

[Widersteht der Gefahr „Analogie“ beim „Lernen aus der Geschichte“. Die Hamas-Kader sind nicht Nazis; die islamistische Welt-Revolution ist keine faschistische und auch keine kommunistische. Doch lieben wir Analogien, weil sie uns die Arbeit an den Begriffen und Realitäten ersparen. Nur rhetorisch lässt sich die Formel vom „faschistischen Islamismus“ verwenden.]

Trotzdem muß man sich über eine siegreiche Bewegung Gedanken machen, bei der eine größere Zahl der gewählten Abgeordneten in israelischen Gefängnissen sitzt, während andere kaum die Erlaubnis erhalten werden, in das Land einzureisen, in welchem sie gewählt wurden - so daß das neue Parlament nicht ordnungsgemäß funktionieren kann.

[Also der größtmögliche Geburtsschmerz in der Genesis einer rechtsstaatlichen Demokratie überhaupt: was geboren werden soll, kämpft mit einer (Nachbar)Demokratie (Israel), die zugleich die Demokratie Palästina zu verunmöglichen scheint. Diese Verwechslung von Ursache und Wirkung, wurde der israelischen Linken zum Verhängnis. - Es ist klar, dass daher ein wirklich demokratischer Staat Palästina, und allein ein solcher ist wirklich „friedensfähig“, für die Zweite Welt die allergrößte Signalwirkung hätte. Daher fürchten Bin Laden und Iran und Freunde auch nichts sosehr wie diese - „westliche“ - Lösung.]

All dies sagt drei Dinge über die Demokratie aus.

Erstens lösen Wahlen nur selten grundlegende Probleme. Insbesondere schaffen sie keine freiheitliche Grundordnung.

[Diese ist, wenigstens in abstracto und paragrapho, schon da; aber eine „Ordnung“ hat sehr viele Stadien zwischen ihrer abstrakten Festschreibung und ihrer konkreten Aus- und Einlebung zu absolvieren. Erinnert sei beispielsweise an den Zig-Jahre währenden Kampf der britischen Suffragetten.]

Damit sie wirksam sein kann, muß einer Wahl ein umfassender Zeitraum der Debatte und des Austauschs von Argumenten vorausgehen. Es müssen Thesen aufgestellt und angegriffen beziehungsweise verteidigt werden.

[Dies geschieht in Palästina schon seit langem; ohne wirklichen Erfolg; offensichtlich genügen „Debatten“ allein keineswegs. Die Frage ist: um welche Inhalte und aufgrund und für welche Normen wird die Debatte geführt? Unter Palästinensern (immer auch) um die (Erst)Frage: soll Israel vernichtet werden: ja oder nein? Und wie und wann und mit wem? Dies ist ein vordemokratisches, ein nicht-rechtsstaatliches Normenszenario. Es ähnelt - Vorsicht Analogie! - der Situation Europas vor dem Ersten Weltkrieg.]

Vor allem erste Wahlen sind als Fundamente der Demokratie fast zwangsläufig von begrenztem Wert, da sie in einer emotional aufgeheizten Atmosphäre und überwiegend ohne substantielle Debatte stattfinden.

[Woher sollen die wirklich substantiellen Debatten kommen, wenn die Demokratie noch in ihren Windeln liegt?]

Sie sind eher eine Einladung, darzustellen, wer man ist und wohin man gehört, als ein Wettstreit wohldefinierter und umfassender politischer Programme.

[Und dieser Wettstreit dreht sich in Palästina zuerst und zuletzt um die Frage: wer positioniert sich beim Projekt Vernichtung von Israel wo und wie? - Als könnte erst nach Erreichen dieses Ziels das Projekt einer palästinensischen Demokratie in Angriff genommen werden. Nehmen die Palästinenser von diesem Projekt nicht Abschied, kann ihr Demokratie-Projekt niemals realisiert werden.]

Dies bedeutet zweitens, daß erste Wahlen, und vielleicht auch Wahlen im allgemeineren, selbst keine ausreichende Garantie der Freiheit darstellen.

[Demokratische Wahlen setzen die verfassungsrechtlich gesetzte Garantie „auf“ freie Wahlen schon voraus. Das Gesetz garantiert die Freiheit einer freien Wahlhandlung, nicht umgekehrt. Verwechslung von Wirkung und Ursache, gemildert durch ein unsicheres „Vielleicht“. Natürlich darf auch die Realität nicht kippen und regredieren, - wie seinerzeit in Deutschland: 1933.]

Ernst-Wolfgang Böckenförde, ehemaliger Richter am Bundesverfassungsgericht, hat es in die berühmten Worte gefaßt, daß Demokratien die Bedingungen für ihr Überleben und ihren Erfolg nicht selbst hervorbringen können.

[Dies ist etwas ungenau formuliert und gedacht. Könnten Demokratien sich nicht selbst erhalten, wären sie das Papier nicht wert, auf dem ihre Verfassungen stehen. Aber natürlich gilt dennoch: nicht die Demokratien haben sich selbst hervorgebracht, sondern die Geschichte in actu revolutio hat sie hervorgebracht. Was ist „die Geschichte?“ Wie und warum bringt sie Demokratien hervor? Agiert sie bei diesem Hervorbringen bereits „demokratisch“? - Dies ist eine noch tiefere Lage der Basis-Antinomie: A) Es soll überall Demokratie werden; B) sie wird aber nirgendwo durch Demokratie. Die Demokratie (somit auch die ganze Erste Welt) ist nicht der Herr der Geschichte, obwohl dieser zur Stunde nichts als Demokratien wünscht.]

Was sind diese Bedingungen, und wer bringt sie hervor? Die Antwort auf die erste Frage lautet: die Rechtsstaatlichkeit. [Korrekt: es ist „plötzlich“ - scheinbar weiß man nicht woher und warum - eine höhere Idee von Gerechtigkeit auf politischer Ebene in der Welt (In Europa seit dem 16. Jahrhundert unaufhaltsam). Aber garantiert nicht die Scharia eine sogar theonome Rechtsstaatlichkeit? Warum soll die Gerechtigkeitsidee der Ersten Welt die höhere, bessere, tiefere sein als die der Zweiten Welt? - Wenn es aber nun wirklich eine höhere, bessere, tiefere (wohl auch schwierigere) Idee sein sollte, muß das Kriterium dafür a) universal einsichtig, beweisbar und in sich stimmig und sich selbst begründend sein; ergo b) universal durchsetzbar und auch durchsetzungspflichtig.]

Es muß bestimmte politische Spielregeln geben, die für alle bindend sind, so daß jeder, der diese nicht akzeptiert oder befolgt, von der politischen Teilhabe ausgeschlossen wird.

[Das ist zu formell gesprochen; dasselbe gilt auch in und für eine Monarchie, auch für eine Diktatur: dass sich deren Mitglieder an deren Spielregeln halten; und dennoch ist der Unterschied zwischen Monarchie, Diktatur und Demokratie einer ums Ganze und Neue. - Was bringt also wie und wodurch die Zeugung von Demokratie hervor? Von moderner versteht sich, denn die antike hat mit der modernen kaum mehr als den Namen gemein.

Die moderne Demokratie entstand nicht a u s der Monarchie und nicht a u s den diversen massenmordenden Diktaturen; weder ist Ludwig der XVI der Vater der französischen noch Hitler der Vater der deutschen Demokratie. Die moderne Demokratie ist etwas absolut Neues unter der Sonne der Weltgeschichte, und dennoch geschah und geschieht dieses absolute Neuschaffen nicht im luftleeren Raum jenseits der Geschichte, sondern inmitten ihrer konkreten (Alt)Materialien und deren Konkursmassen.

Nicht als und durch eine „Evolution der Geschichte an sich“, auch nicht als und durch eine kontingente Occasionalität von Neuschaffungen - dies wäre der nominalistische Willkürgott schlechthin -, sondern durch ein absolut frei und zugleich notwendig fortschreitendes Schaffen neuer Freiheit inmitten und für die Menschheitsgeschichte wird das Neue geschaffen. Und es währt oft Jahrhunderte, bis es in Klarheit gefunden und in Nachhaltigkeit justiert werden kann. - Dies ist beispielsweise auch der Grund dafür, dass wir heute (und noch lange) über keine Prinzipienweisheit darüber verfügen - weder theoretisch noch gar praktisch -, wie eine Welt-Demokratie und Welt-Regierung beschaffen sein müssten, um eine föderative und subsidiäre Welt-Republik organisieren und führen zu können. - Die hier angedeutete creatio continua hat Geltung auch für und in der Natur, in allen Naturen der Natur, auf deren Weise. (Es ist unmöglich, Welt und Natur „evolutionstheoretisch“ zu begründen. ‚Geschichte‘ ist weder als natürliche noch als geistige eine Realität und Wirkung simpler oder komplexer - „evolutionärer“ - Kausalitäten.)]

Dies ist freilich leichter gesagt als getan. Wer bestimmt die Spielregeln? Es steckt eine offensichtliche Logik dahinter, zunächst eine verfassungsgebende Versammlung einzuberufen und anschließend die Wahlen gemäß den dort vereinbarten Regeln abzuhalten. So geschah es beispielsweise im Irak. Aber auch die verfassungsgebende Versammlung muß gewählt werden, und diese Wahl kann genau dieselben Schwierigkeiten aufwerfen, wie sie erste Parlamentswahlen in neuen Demokratien plagen.

[Dies beschreibt exakt den Zirkel demokratischer Selbstbegründung. Um eine Verfassung zu bekommen, bedarf es (wenigstens) eines demokratischen (und vor allem justiziären) Gremiums; dieses ist aber im Anfang noch nicht da; also kann (in nicht-demokratischen Kulturen) Demokratie niemals entstehen. - Und von der anderen Seite: um ein demokratisches Gremium zu haben, bedarf es einer rechtsstaatlich-demokratischen Verfassung; diese ist aber im Anfang noch nicht da; also kann niemals eine moderne Verfassung in vormodernen Kulturen entstehen. Das „Niemand“ ist ein gewohnter (Stammtisch)Name für den aktuellen gordischen Knoten von Weltgeschichte.]

Nachdem die Spielregeln festgelegt sind, bleibt noch immer die Frage, wer sie durchsetzt. Wer könnte der Hamas erklären, daß ihre Wahl, sofern die Hamas bestimmte Regeln nicht akzeptiert, nichtig ist?

[Im Nahen Osten werden die „Spielregeln“ mit Blut geschrieben und mit Leichen „gespielt.“ Die Hamas hat seit 2000 über 60 Selbstmordanschläge verübt, beschießt Israel fortwährend, verweigert sich substantiellen Verhandlungen, paktiert mit islamistischen Kräften. – Hier geht es nicht darum, „bestimmte Regeln erklären.“]

Dies erfordert so etwas wie ein Verfassungsgericht sowie eine Justiz und Institutionen, die deren Urteile durchsetzen. In souveränen Staaten und Territorien ist es höchst unwahrscheinlich, daß sich diese von selbst entwickeln. Es ist kein Zufall, daß der demokratische Prozeß sich dort am reibungslosesten fortentwickelt hat, wo eine äußere Macht vorhanden war, die die Verfassung stützte.

[Spielt richtigerweise darauf an, dass es „äußere Mächte“ geben muß, um in vordemokratischen Gefilden rechstaatliche Ordnungen zu schaffen. Es war gut, die Entität

Deutschland nicht von der Erdoberfläche verschwinden zu lassen, wie dies viele europäische und nichteuropäische Staaten nach 1945 vorschlugen; aber das Experiment eines kolossalen rebuilding („Wiederaufbau“ und „Wirtschaftswunder“) wäre gescheitert, wenn nicht „von außen“ wäre geholfen worden. Die deutsche Demokratie verdankt sich einer Welt-Katastrophe und eines brüderlichen Welt-Helfers und Lehrmeisters. Dies versucht sie mittlerweile zu verdrängen und zu vergessen.]

Die dritte Lektion ergibt sich aus diesen Überlegungen. Das Vorhandensein einer Demokratie im Sinne freier Wahlen mit bestimmten Regeln gestattet es den übrigen von uns nicht, zu sagen, die Sache der Freiheit habe gesiegt und wir könnten gehen. Im Gegenteil: Demokratie ist eine langfristige Aufgabe. Manche behaupten, sie wäre erst erreicht, wenn ein Land zwei friedliche Regierungswechsel bewältigt habe ("two-turnover test").

[Demokratien sind Politik und politisches Leben in permanentem Widerstreit; zur wirklichen Permanenz gehört, dass sie eine gewisse Dauer permanent gewesen sein muß. Die Demokratien des europäischen Ostens sind also auf dem besten Weg, die russische vermutlich noch nicht. Wir haben also in Demokratien a) strengste und oft schon labyrinthische (Verfassungs)Gesetze und Regeln und zugleich und eben deshalb b) die loseste und scheinbar haltloseste Freiheit und Realität; diese wechselt alle paar Jahre sogar die Regierenden aus. Das kann doch nicht mit Allahs Segen und Zustimmung geschehen...]

Man muß dieses Kriterium um das Vorhandensein einer Debattenkultur ergänzen, die Wahlen zu einem echten Wettkampf unterschiedlicher Antworten auf die anstehenden Probleme macht.

[Diese Argumentation bzw Beschreibung ist etwas zu formell; unterschiedliche Antworten gibt es auch in Palästina genug; aber sind sie deshalb schon rechtsstaatlich legitimiert und auf „Nachhaltigkeit“ hin konzipiert? Sind sie „weltfähig“?]

Für die Palästinensergebiete bedeutet dies, daß die Erwartungen der Menschen an die Wahlen vermutlich zu hoch waren. Eine Reduzierung der Erwartungen bedeutet entsprechend, daß die Bedeutung der Ergebnisse nicht überbewertet werden sollte. Wer weiß? Vielleicht erweist sich das Wahlergebnis noch als ein Schritt hin zu einem effektiven Staat, der internationale Anerkennung verdient. Bis dahin ist die Schlüsselaufgabe die Förderung der Rechtsstaatlichkeit, mit Unterstützung der internationalen Gemeinschaft.

[Wie aber und warum überhaupt soll sie gefördert werden, wenn eine oder mehrere palästinensische Parteien die Auslöschung ihrer Nachbar-Demokratie zum Ziel ihrer Politik machen? Dies ist kein „Debatten-Problem“.

Im Vorfeld der palästinensischen Wahlen gab es im Westen Stimmen, die das Antreten der Hamas verbieten wollten, aus den oben angeführten Gründen; damit hätte sich jedoch der Westen demokratieverhindernd verhalten; nun hat er das Antreten zugelassen und sich gleichfalls demokratieverhindernd verhalten: gelebte Antinomie eines Anfanges von Etwas, das nach den Kausalitäten dieser Welt niemals wird anfangen können.]

Aus dem Englischen von Jan Neumann Ralf Dahrendorf ist Buchautor, ehemaliger deutscher EU-Kommissar, Mitglied des britischen Oberhauses und ehemaliger Leiter der London School of Economics und des St. Antony's College in Oxford. © Project Syndicate 2006

Textvorlage: Die WELT, 20.2.06

Kommentartext: Februar 2006